

2. K. 1
10/99

***I*PAZIFIK- INFORMATIONSTELLE**

Postfach 68, Hauptstraße 2
91561 Neuendettelsau
Germany

Dossier Nr. 52

Tahiti nach der Bombe

Autor: Markus Schaumlöffel

Datum: November 1999



INHALTSVERZEICHNIS

I. EINLEITUNG	1
II. GESCHICHTLICHER ÜBERBLICK	2
1. RELIGION AUF POLYNESIEN	3
III. DAS CEP, GLÜCK ODER UNGLÜCK FÜR DIE REGION POLYNESIEN?	
1. AUSWIRKUNGEN AUF DIE POLYNESISCHEN STRUKTUREN	4
2. DAS FRANZÖSISCHE ATOMWAFFENTESTPROGRAMM UND SEINE GEGENBEWEGUNG	7
IV. DAS ENDE DES CEP UND DIE ZUKUNFT POLYNESEIENS "APRES CEP" ..	10
1. POLYNESISCHES ENTWICKLUNGSPERSPEKTIVEN (ARAB ODER MIRAB)	11
V. POLITIKDEFINITION AUF TAHITI	12
VI. RÜCKBESINNUNG ALS ZUKUNFTSHOFFNUNG	13
VII. SCHLUSSBEMERKUNG	15
VIII. PRAKTIKUMSARBEIT BEI DER ZEITUNG "LA DEPECHE DE TAHITI" IM SEPTEMBER/OKTOBER 1997, ÜBER:	
"Die sozialen und politischen Perspektiven Polynesiens nach dem CEP und die Einstellung seiner Bürger gegenüber dem französischen Staat und seiner Politik."	16

QUELENNACHWEIS 21

LITERATURVERZEICHNIS 22

ANHANG

I. EINLEITUNG

Im Jahre 1995 fanden in der Region Polynesien die letzten französischen Atomtests statt. Dieses Ereignis wurde auf der bevölkerungsreichsten Insel der Region, Tahiti, von größten Protesten begleitet, welche durch geschickte Pressearbeit der beteiligten Gruppen ein weltweites Medienecho gefunden haben. Die Situation vor Ort war zu dieser Zeit nahezu skandalös. Die aufgebrachte Bevölkerung verwüstete den Flughafen, die Lebensader der Region, nahezu vollständig.

Die gesamte Innenstadt Papeetes, Polynesiens Hauptstadt, glich einem Schlachtfeld. Geschäfte wurden geplündert. Nach jahrelanger Fremdbestimmung dieser Region durch Frankreich hatte sich Aggression aufgestaut, die verschiedene Parteien und Organisationen geschickt zu kanalisieren verstanden haben. Der Unmut der Bevölkerung richtete sich vor allem gegen Ausländer und hier wiederum besonders gegen Franzosen, welche zahlenmäßig zwar in der Minderheit sind, am Reichtum der Region aber den weitaus größten Anteil haben.

Das Image Frankreichs und seines Präsidenten Chirac hat in der Region Polynesien durch die harte Haltung in der Atomfrage, vor allem bei den unteren Bevölkerungsschichten, starken Schaden genommen. Allerdings wird immer wieder übersehen, daß es durch das französische Atomtestprogramm und die dadurch in die Region geflossenen Gelder, den Einwohnern Polynesiens im Vergleich zu ihren Nachbarinseln (Vanuatu, etc.) überdurchschnittlich gut geht.

Betrachtet man also das Verhältnis von Frankreich und Polynesien, so ist es angebracht sowohl das Positive als auch das Negative zu beachten.

Da mein Onkel seit nahezu 30 Jahren auf Tahiti lebt und arbeitet, hatte ich die für mich einmalige Gelegenheit, durch seine Beziehungen Menschen aus Politik und Wirtschaft zu treffen, die mir einen tieferen Einblick in den polynesischen Alltag gestatteten. Allerdings muß ich gestehen, daß ich das Gefühl hatte, als Europäer die völlig andersartigen Sichtweisen und Einstellungen der polynesischen Bevölkerung, oft nur schwer nachvollziehen zu können. Um Fehlinterpretationen aus Unwissenheit oder aus anderen Gründen zu vermeiden, habe ich die Arbeit in zwei gleich wichtige Teile untergliedert.

Der erste Teil dient der Situationsbeschreibung und der Einführung in eine Welt bzw. Kultur, welche einem Europäer fremd erscheinen muß. Der zweite Teil beinhaltet eine sozialwissenschaftliche Arbeit, welche ich während meines achtwöchigen Praktikumaufenthaltes bei der größten polynesischen Zeitung "La Dépêche de Tahiti"

und deren Chefredakteurin Christine Bourne, im September/Oktober 1997 durchführen konnte.

Dazu ist vorab zu sagen, daß die Bewertung der polynesischen Alltagswelt und Politik, mit Blick auf die später beabsichtigte Veröffentlichung der Arbeit durch diese Zeitung, auf Grund der regierungsfreundlichen Einstellung dieses Mediums, positiver ausfallen wird als im ersten Teil. Warum das so sein muß wird dem Leser am Ende dieser Arbeit sicherlich klar geworden sein. Außerdem ist mein Onkel auf Tahiti durch seine Arbeit recht bekannt geworden und somit hätten starke Angriffe auf die polynesischen Politik gravierende Folgen für ihn, seine Arbeit und seine Familie nach sich ziehen können.

Ganz zu schweigen davon, daß meine Arbeit nie veröffentlicht worden wäre und hierdurch die Kritik, welche jeder nun zwischen den Zeilen lesen kann, ebenfalls nicht hätte angebracht werden können.

II. GESCHICHTLICHER ÜBERBLICK

Die Region Polynesien wurde im Jahre 1767 von St. Wallis entdeckt. Als der Entdecker die Inseln der Region betrat, erbot sich ihm ein paradiesischer Anblick. Für europäische Verhältnisse gänzlich unzivilisiert, lebten die Maohis in kleinen Stämmen auf den bergigen Archipelen, und ernährten sich von dem reichhaltigen Angebot an Fischen, Muscheln, Früchten, Wurzeln und anderen Köstlichkeiten.

Einmal von der westlichen Welt entdeckt, änderte sich das Leben der Ureinwohner des heutigen Tahitis allerdings sehr rasch. Durch die ständige Missionierung, vor allem Seitens der evangelischen Kirche, kehrten sich die Einwohner mehr und mehr von ihrem Naturglauben ab.

Nach den Besuchen von James Cook innerhalb der Jahre von 1769 bis 1777 entbrannte ein heftiger Missionarstreit zwischen evangelischen Engländern und katholischen Franzosen, über die religiöse Vormachtstellung in der Region, welchen 1847 Frankreich politisch zu seinen Gunsten entscheiden konnte. Polynesien war nun französisches Protektorat, allerdings mit mehrheitlich evangelischer Bevölkerung (1992: 54% Protestanten, 30% Katholiken, Mormonen u. a.).

Durch den zweiten Weltkrieg erlangte der Pazifik immer mehr an strategischer Bedeutung. Die verschiedenen, meist militärischen Interessen der Kriegsparteien und Industrieländer, bescherten den abgelegenen Regionen immer mehr Kontakte zur

Außenwelt. Spätestens mit dem Bau des Flughafens auf Tahiti / Faà durch den französischen Staat, kann das traditionelle Leben auf den "Inseln unter dem Wind" als beendet betrachtet werden. In den fünfziger Jahren war Tahiti bereits eine Agrarkolonie geworden, welche 22% der weltweiten Vanilleproduktion leistete.

Jedoch verfolgte Frankreich andere Ziele in der Region als die Ausweitung der agrarischen Nutzung. In den Zeiten des atomaren Wettrüstens und während des Kalten Krieges, war man auf der Suche nach abgelegenen Orten, fernab jeglicher Zivilisation und medialen Kontrolle, um in Ruhe an seiner atomaren Weltmachtrolle feilen zu können.

Der polynesischer Raum mit einer Ausdehnung von knapp 5 Millionen Quadratkilometern und mehr als 160 meist unbewohnten, weitverstreuten Archipelen, bot dem französischen Anliegen deshalb hervorragende Bedingungen. 1962 gründete man auf Tahiti das CEP (Centre d' Experimentation du Pacific) und beauftragte es mit der Durchführung des gesamten französischen Atomwaffentestprogrammes.

1. RELIGION AUF POLYNESIEN

Über die Zeit vor der Entdeckung der Inseln Tahitis durch westliche Flotten kann nur wenig als erwiesen gelten. Sicher ist, daß die politische Macht auf den Inseln von Familienclans ausgeübt wurde, und die Religion bei der Rechtfertigung dieser Machtstellung eine zentrale Rolle gespielt hat. Aufgrund der fehlenden Schriftkenntnis der damaligen Ureinwohner behauptet Bruno Saura in seinem Buch "Politique et religion à Tahiti", daß in Tahiti "die politische Macht ihre Legitimität im Herzen der mündlichen Tradition erfährt."

Die enge Verbindung von Politik und Religion zu dieser Zeit, beschreibt Saura weiterhin dahingehend, daß "jeder große Tempel, gleichzeitig das Zentrum politischer und religiöser Macht darstellte und dem jeweils zuständigen Gott gewidmet war."(1 und 2)

Trotz starken, ja schockartigen Veränderungen während der letzten zweihundertfünfzig Jahre, hat sich die starke Verbindung von kirchlichen und politischen Interessenbereichen bis heute gehalten. Vor allem die evangelische Kirche hat es verstanden, sich auf die sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Maohis einzustellen und diese in der Öffentlichkeit zu vertreten.

Trotz der Bekräftigung des Vizepräsidenten der protestantischen Kirche Polynesiens, Monsieur Taarii, keine politische Kraft sein zu wollen, sieht er die evangelische Kirche durch ihr energisches öffentliches Eintreten für die Belange der Maohis, als eine "Art Gegenkraft zur jetzigen polynesischen Regierung". Wie stark politisch vor allem die Protestanten in Polynesien auftreten, läßt sich leicht an deren intensivem Engagement im "Movement for a nuclear free Pacific", an verschiedenen Projekten zur Einführung einer freien, unabhängigen Presse und vor allem an deren starkem Auftreten während der Atomtestproteste 1995 belegen.

Nach Ansicht Taarii's, wird die mächtige Stellung der protestantischen Kirche von den Machthabern vor Ort durchaus anerkannt. Die Protestanten stellen immerhin 54% des umworbene[n] Wahlvolkes. Die Katholiken hingegen fühlen sich traditionell eher zu der französischen Elite hingezogen. Sie sind sich, so Bischoff Coppenrath, zwar durchaus einer gewissen Machtstellung bewußt, sehen in einem zu starken politischen Engagement der Kirchen aber eine Gefahr für deren Offenheit gegenüber Bürgern jedweder politischen Couleur, und für die von ihnen zu leistende neutrale Integration aller Menschen.

Deshalb engagieren sich die Katholiken als Organisation auch weniger stark in politischen Bereichen. Gegen das Atomwaffentestprogramm allerdings hatte Coppenrath seit Jahren schon Artikel in französischen Zeitungen veröffentlicht. Die Kritik an seiner Kirche, sie sei Frankreich zu ergeben, weist er energisch zurück. Als Fehler seinerseits räumte er mir gegenüber jedoch ein, daß seine Kirche im Gegensatz zu den Protestanten ihre Protestnoten nur auf Französisch veröffentlicht hatte, der pazifische Raum hingegen eher englischsprachig sei. Dies sei, so Coppenrath weiter, ein Nachteil für die Öffentlichkeitsarbeit der katholischen Kirche gewesen.

III. DAS CEP, GLÜCK ODER UNGLÜCK FÜR DIE REGION POLYNESIEN?

1. AUSWIRKUNGEN AUF DIE POLYNESISCHEN STRUKTUREN

Mit der Installation des CEP 1962 auf Tahiti sollten sich einige gravierende Veränderungen in der Region ergeben. Geradezu schockartige Mutationen hatten sich vor allem in den ersten zehn Jahren des französischen Atomtestprogrammes in allen Bereichen des polynesischen Alltags vollzogen.

Durch französische Gelder, die durch die Stationierung des Militärs und dessen Unterhaltes mit einem Mal nach Polynesien flossen, verzweieinhalbfachte sich das BSP zwischen 1962 und 1966. Um französische Beamte und Soldaten nach Übersee zu locken, zahlte Frankreich den zwei- bis dreifachen Lohn und schuf auf Polynesien dadurch eine reiche Oberschicht die bei Laune gehalten werden mußte. Die totale Metropolisierung Papeetes war die Folge: Kinos, Clubs und Bars wurden gebaut, ein Golfplatz kam hinzu, teure Boutiquen sollten folgen. Bald wurde das bereits vorhandene Fernseh- und Radioprogramm intensiviert.

Ganz nach französischer Art erhielt Polynesien eine weitverzweigte Verwaltung mit vierzehn Ministerien, welche heute ca. 40% der Arbeitnehmer der Region beschäftigen. Tahiti, mit seiner Hauptstadt Papeete, begann ganz nach französischer Tradition (gleich dem Beispiel Paris), immer stärker anzuschwellen und immer mehr Macht und Wirtschaftskraft auf sich zu vereinen. Chancen für berufliches Weiterkommen und gute Bezahlung gab es vor allem auf Tahiti und seinen direkten Nachbararchipelen. Der gut bezahlte öffentliche Sektor und die entstandenen Fabriken lockten die Maohis, vor allem aber die Demis (halb Europäer, halb Maohi) von ihren traditionellen Lebensunterhaltsformen weg in die neue Metropole Polynesiens. Eine nahezu gigantische Landflucht setzte ein. Der Fortschritt zog die Maohis von den entferntesten Inseln nach Tahiti.

Da die meisten den modernen Lebensumständen nicht gewachsen waren, war der Anteil derer, welche Arbeit fanden und erfolgreich leben konnten, sehr gering. Am ehesten wurden die Demis mit der neuen Situation fertig. In ihren Adern floß das Blut beider Kulturen. Dies ist ein Grund warum diese heute in dem kulturellen Mischsystem Polynesiens, neben den Europäern, am erfolgreichsten sind. Unter den Arbeitslosen der Region stellen die Demis und die Europäer zusammen gerade einmal 21%. Der Rest entfällt auf die ursprüngliche Maohibevölkerung, die bis vor kurzem fernab aller Zivilisation, auf den Inseln vom Fischfang, Plantagenbau und Koprproduktion lebte.

Die meisten Beschäftigten aus dem primären Sektor fühlten sich stark von dem modernen Leben angezogen. Somit waren 80 - 90% der Inselflüchtlinge Bauern und Fischer. Heute leben dreiviertel der gesamten polynesischen Bevölkerung auf Tahiti. Das sind ca. 160 000 Menschen.

Konnte sich Polynesien früher nahezu eigenständig ernähren, so deckten die Eigenproduktionen 1994 gerade 18% des gesamten Bedarfes. Dazu muß allerdings angeführt werden, daß vor allem die Maohis den Reizen und Werbekampagnen der westlichen Welt erliegen, und somit einem amerikanischen oder europäischen Produkt, gegenüber dem heimischen Erzeugnis, immer den Vorzug geben. Ein Beweis

dafür ist eine boomende Lizenzfabrik des Coca-Cola Konzerns nahe der Hauptstadt Papeete.

In Tahiti florieren die Videotheken wie nirgendwo auf der Welt. Im Vergleich zu Frankreich besitzen auf Polynesien mehr als doppelt so viele Einwohner, nämlich 38%, einen Videorecorder. Ende der 80er Jahre sind 3500 Menschen beim CEP beschäftigt. Der Anteil der öffentlichen Ausgaben, für Armee und Verwaltung, macht 1980 bereits 60% des BIP's aus.

Polynesiens Wirtschaft lebt fast ausschließlich von den Militärs und den Verwaltungsangestellten. 1991 belief sich der Anteil französischer Gelder am polynesischen Staatshaushalt auf 2/3, d.h. 2 Milliarden US-Dollar. Durch den hohen Importbedarf an Konsum- und Industriegütern hat sich in der polynesischen Region ein Steuersystem gebildet, wie es heute nirgendwo mehr zu finden ist: Direkte Steuern auf das Einkommen werden so gut wie keine erhoben. Allerdings werden alle eingeführten Güter sehr hoch besteuert. So hat sich in Tahiti ein ökonomischer Mikroorganismus gebildet, der zwar manchem Beschäftigten hohe Löhne zugesteht, aber wiederum diejenigen benachteiligt, die nicht in den Hochlohnbranchen arbeiten.

Diese können sich die meisten Hochpreisprodukte nicht leisten. So kostet ein Joghurt in Polynesien das viereinhalbfache, die Flasche Coca-Cola das dreifache, Schinken das 2,5fache und Mineralwasser das Doppelte des französischen Preises. Die hohen Lebenshaltungskosten sind aufgrund der Steuerersparnis kein Problem für Angehörige gut bezahlter Beschäftigungszweige. Für einfache Arbeiter jedoch werden sie schnell zu einem Problem. Der polynesische Wirtschaftsminister M. Puchon geriet angesichts meiner Frage, ob ein solches Steuersystem nicht den wirtschaftlichen Aufschwung blockiere, nahezu außer sich, und dementierte jegliche Behinderung der heimischen Wirtschaft durch das tahitanische Fiskalsystem.

Allerdings bejahte der Sprecher des Territorialpräsidenten M. Gaston Flosse, M. Daniel Sparcia, dieselbe Frage, und sagte: "Um uns für den Weltmarkt fit zu machen, ist die Einführung einer Mehrwertsteuer unerlässlich. Wir müssen ferner unser überholtes Steuersystem, welches so nirgendwo auf der Welt mehr existiert, durch marktfreundlichere Lösungen ersetzen." Der Reformbedarf auf diesem Gebiet ist also überall erkannt worden, außer von dem zuständigen Ministerium.

2. DAS FRANZÖSISCHE ATOMWAFFENTESTPROGRAMM UND SEINE GEGENBEWEGUNG

Während die Planungs- und Verwaltungsarbeiten des französischen Atomprogrammes vor allem auf Tahiti (in Papeete) stattfanden, wurden die eigentlichen Versuche auf Mururoa gezündet. In den 70er Jahren wurden jährlich etwa zwölf Tests durchgeführt. Durch die steigenden Kosten nahmen die Tests in den 80ern auf acht Versuche pro Jahr ab und gingen ab den 90ern bis auf sechs Versuche innerhalb eines Jahres zurück.

1995 kostete die Franzosen ein Atomtest etwa 23 Millionen DM (nachdem die Versuche wegen entdeckter Schäden im Atollring in die Lagune verlegt werden mußten und deswegen ca. 30% teurer geworden waren).

Waren die Sicherheitsvorkehrungen der Franzosen in den 60ern (unter de Gaulle) vor allem aufgrund der atmosphärischen Tests äußerst ungenügend gewesen, so hatten sie sich im Laufe der Jahre und unter wachsendem medialem Druck der großen Nachbarn und Atomgegner Neuseeland, Japan und Australien, um ein Vielfaches verbessert.

So gilt heute als erwiesen, daß sowohl auf den Inseln Tureia 1967, als auch auf den Atollen Mangareva 1965, unzureichende Schutzmaßnahmen zu erheblichen radioaktiven Belastungen der Umwelt und der Maohis geführt haben.

Da bis zum Anfang der neunziger Jahre die Franzosen jegliche Meßdaten und Informationen über die Auswirkungen der Tests wie ein Staatsgeheimnis behandelt hatten, leistete dieses Informationsvakuum vielen Spekulationen Vorschub und brachte die Bevölkerung Polynesiens und der Anrainerstaaten immer öfter gegen das Kernwaffentestprogramm Frankreichs auf.

Um die Bedenken der Atomwaffengegner auszuräumen, fanden insgesamt drei große, öffentliche Untersuchungen des umstrittenen Gebietes statt. "Zwar kamen alle Delegationen zu dem Schluß, daß von den heutigen Tests keine unmittelbare Gefahr (...) ausgeht, doch die von Paris angestrebte, uneingeschränkte Unbedenklichkeitserklärung wurde nicht ausgestellt." (3)

So machte im Jahre 1987 "sogar der konservative Präsident des Verteidigungsausschusses der französischen Nationalversammlung (...) F. Fillon (...) darauf aufmerksam, daß der Atollring durch die Atomtests stark mitgenommen sei." (4) Bereits 1980 war eine geheime Karte des französischen Militärs aufgetaucht, welche

mehrere kilometerlange Risse von bis zu 3,50 m Breite in dem Atollsockel eingezeichnet hatte (Le Monde, 2.10.1996).

Die Liste der Atomgegner ist lang. Trotz (durch den französischen Geheimdienst) erschwerter Bedingungen, wurden die Stimmen gegen die Tests auf Tahiti immer lauter. Der Gründer der FLP (Polynesischer Befreiungsfront) Oscar Temaru, kann als einer der Wortführer der Gegenbewegung angesehen werden. In den 80er Jahren hatte er sogar auf einer Bundesversammlung der deutschen Grünen gegen den "französischen Atomkolonialismus" protestiert. Auch 1995 war er einer der Hauptfiguren während der Anti-Atomproteste in Papeete gewesen. Durch geschickte Medienarbeit (Temaru spricht fließend Maohi, Französisch und Englisch) konnte er die gesamte Weltpresse mobilisieren.

Auch die Organisation Greenpeace, die seit der Versenkung ihres Schiffes Rainbow Warrior I 1985 in Oakland (NZ) durch den französischen Geheimdienst, nicht mehr so gut auf Frankreich zu sprechen ist, wirkte aktiv bei der Anti-Atom-Bewegung mit. Allerdings mußte sie die über die Folgen der Atomtests veröffentlichten Daten wenig später zurückziehen, da diese sich als falsch und überhöht herausgestellt hatten. Daniel, ein neuseeländisches Crewmitglied der Warrior II meinte mir gegenüber, daß Greenpeace erst im Nachhinein erkannt habe, wie stark politisch ihr Engagement gewesen war. Durch diese Aktionen habe man sich ein Stück weit von dem Grundsatz entfernt: "No politics, only environmental issues". Dennoch sei er stolz auf seine Aktivitäten und würde es jeder Zeit wieder tun. Das Atomthema, so Daniel weiter, sei derart politisch durchdrungen, daß es einer Anti-Atom-Kampagne gar nicht möglich sei, politisch neutral zu bleiben.

Die französische Zeitung Polynesiens, "La Dépêche de Tahiti", wirft Greenpeace hingegen vor, einheimische Bewohner für eigene Belange instrumentalisiert, den Frieden auf Polynesien gestört zu haben, und danach wieder abgefahren zu sein. Ferner beschwert sich dieselbe Zeitung darüber, wie selektiv Greenpeace und der Rest der Welt auf Atomtests reagiere. So schreibt sie am 16.09.1997 über einen gezündeten Atomtest der USA in Nevada und fordert: "Diese beiden Atomtests vom zweiten Juli und vom neunzehnten September, hätten eine umfangreiche Protestflotte aus dem Südpazifik heraufbeschwören müssen, (...) allerdings nicht in Richtung Mururoa sondern auf Nevada zu. An deren Spitze hätte das ideologische Flaggschiff der Atomprotestbewegung "Rainbow Warrior" schwimmen müssen. (...) Eigentlich schade, daß dem nicht so war, denn sie hätten nicht einmal die Gelegenheit gehabt dort anzukommen, wenn sie es denn überhaupt gewagt hätten dorthin aufzubrechen. Ihr Empfang in Nevada wäre auch mit Sicherheit ein anderer gewesen, als der in Fangataufa. Die amerikanischen GI's reagieren nämlich besonders sensibel und

brutal, wenn jemand ihre Grenzen verletzt, oder versucht sie eines Stückes ihres Territoriums zu berauben." (5)

Wie stark Frankreich das 1847 annektierte Gebiet als sein Staatsgebiet ansieht, wird aus dem oben zitierten Vergleich zwischen der Wüste Nevadas, als amerikanischem Staatsgebiet, und Polynesien als französischem Territorium klar. Auf die Frage eines Journalisten an den Präsidenten, warum er denn die Tests nicht in Frankreich zünde, antwortete Chirac "Polynesien sei Frankreich". Auch diese Aussage unterstreicht deutlich, wie stark Frankreich dieses Gebiet als sein Eigentum betrachtet.

Wie eine am 17.12.1996 abgeschlossene Promotion von Denis Deshayes beweist, hätten die letzten Atomtests Frankreichs 1995/1996 bei weitem keine so großen Unruhen hervorrufen müssen, wie sie es letztendlich doch getan hatten. Deshayes hatte bei seiner Analyse des französischen Verhaltens mehrere Fehler entdeckt, die in Bezug auf Medienpolitik und Informationsstrategie gemacht worden waren.

Der erste Fehler, so Deshayes, sei gewesen, das mediale Gewicht von Greenpeace zu unterschätzen, durch deren spektakuläre Aktionen erst das gesamte Interesse geweckt worden war. Unter diesen Umständen war die Militäraktion Frankreichs (so übrigens auch die Meinung Daniels) gegen Greenpeace zu brutal.

Zweitens habe die "Surmediasitation" durch über 150 eingeladene Journalisten, dem Gebiet wirtschaftliche und touristische Imageschäden zugefügt, und Greenpeace erst die Garantie für eine große Show gegeben.

Der dritte Fehler war, daß Paris seine Informationskampagne kulturell nicht an polynesischen Verhältnisse angepaßt hatte. Es gab keine persönlichen Worte Chiracs an die Maohis, keinen Besuch. Die Maohis fühlten sich übergangen und verraten, hatten sie doch bei den Präsidentschaftswahlen zu 63% für Chirac gestimmt. Der Fehler Frankreichs hierbei war, so Paoletti, ein Berater des Territorialpräsidenten G. Flosse, daß "die Verantwortlichen der französischen Öffentlichkeitsarbeit keinen Unterschied zwischen dem europäischen und dem pazifischen Frankreich gemacht haben." (lt. Deshayes)

Der vierte Fehler war die Übertragung von TV-Bildern im polynesischen Fernsehen, auf welchen mit Sekt anstoßende Techniker die gelungenen Tests auf Mururoa schon feierten, als die Lagune noch kochte. Dies habe, so Deshayes, die Bevölkerung stark gekränkt.

Der fünfte Fehler sei die Veröffentlichung von Umfragen gewesen, denen zufolge die Franzosen der Metropole die Tests in Polynesien deshalb als gerechtfertigt ansahen, da Frankreich diese Region ja schließlich dafür bezahle.

Der sechste Fehler schließlich habe darin bestanden, die Atomversuche in diesem äußerst religiösen Land jeweils am Sonntag durchzuführen.

Alle diese Fehleinschätzungen, so Deshayes, resultierten aus dem "Unverständnis und dem Mißverständnis einer, gegenüber dem europäischen Frankreich vollkommen verschiedenen Kultur." (6) Dadurch sei es zu einer Polarisierung zwischen Maohis und Franzosen gekommen, die einige Personen und Parteien geschickt zu nutzen verstanden haben. So erreichte bei den folgenden Wahlen (1996) die Partei O. Tamaru (Tavini huiraa-tira) zehn Sitze, gegenüber vier Sitzen bei den letzten Wahlen. Ferner stiegen auch die Spendeneinnahmen von Greenpeace nach deren Aktion in Mururoa beträchtlich an.

Die staatlichen Proteste der Insel- und Anrainerstaaten konzentrierten sich seit jeher auf Protestnoten und Verurteilungen des französischen Atomtestprogrammes, im Rahmen des Südpazifikforums. Der bereits im Oktober 1985 unterzeichnete Vertrag von Rarotonga, fordert die Erklärung des Südpazifiks zur atomwaffenfreien Zone. Er stellte die Basis für die Klage der acht Signatarstaaten im Oktober 1985 vor der UN-Vollversammlung, gegen das französische Atomtestprogramm. Dem immer größeren politischen Druck begegnet seit 1988 die sozialistische Regierung in Paris, indem sie den protestierenden Staaten großzügige Entwicklungshilfe anbietet.

Der im Zuge der 95er Proteste Neuseelands, Australiens, Japans und vieler anderer Länder verhängte Boykott französischer Produkte, traf vor allem Französisch-Polynesien, da dessen ohnehin magere Exporte von Fisch und Früchten in die Region, sowie dessen im aufkeimen begriffener Tourismus einen starken Einbruch erleiden mußte.

IV. DAS ENDE DES CEP UND DIE ZUKUNFT POLYNESEIENS "APRES CEP"

Nachdem Neuseeland am 22.09.1995 mit einer Klage gegen die 95/96er Atomtestreihe gescheitert war und die Außenminister der Europäischen Union sich am 24.10.1995 gegen eine Anklage Frankreichs entschieden hatten, forderte die UN-Generalversammlung am 10.12.1995 ein sofortiges Ende aller Atomtests.

Als Chirac am 19.01.1996 jedoch das Ende des französischen Atomtestprogrammes ankündigt, entspannt sich die Lage in Polynesien zusehends. Erleichtert nimmt man zur Kenntnis, daß Frankreich beabsichtigt am 25.03.1996 dem Rarotonga-Vertrag beizutreten. In Polynesien ist seitdem die Angst vor der gegenwärtigen Bedrohung durch die französischen Kernwaffentests, der Angst vor einer Zukunft ohne das französische Atomtestprogramm und damit ohne üppige finanzielle Hilfen gewichen.

1. POLYNESISISCHE ENTWICKLUNGSPERSPEKTIVEN (ARABE ODER MIRABE)

Über Jahrzehnte hinweg hatte man sich in Tahiti, politisch wie auch wirtschaftlich auf eine Doppelstrategie eingelassen. Wollte man zwar einerseits die Atomtests nicht unbedingt, so waren andererseits jedoch die dadurch gesicherten finanziellen Zuwendungen Frankreichs sehr willkommen. Auf Polynesien gab es niemals wirkliche, ernsthafte Existenznot. Dies heißt allerdings nicht, daß es in dieser Region keine strukturellen Defizite, keine Arbeitslosigkeit, oder dadurch bedingte Armut gibt.

Das polynesisches Volk besteht aus zwei Teilen: Arm und Reich. Nirgendwo wurde mir das Phänomen der Zweiklassengesellschaft deutlicher vor Augen geführt als hier. Allerdings sind die Armen Polynesiens immer noch um einiges reicher, als die Armen Vanuatus oder Rarotongas.

Dies hat nur einen einzigen Grund: Der polynesischer Staatshaushalt besteht zu 2/3 aus französischen Geldern, welche gleich einer atomaren Rente, regelmäßig in die Kassen des Territoriums fließen. Mit weiteren Multi- und bilateralen Entwicklungshilfegeldern und der von Frankreich aufgebauten, wasserkopfförmigen Verwaltung, ergibt sich für die polynesischer Region eine Überlebensstrategie, welche der Sozialforscher Bernard Poirine "le modèle de développement ARABE" (7) nennt. (ARABE = A-ide, R-ente A-tomique et B-ureaucratie E-nvahissante)

Entgegen den übrigen pazifischen Inselstaaten, die, so Poirine eher die "stratégie du développement MIRABE" verfolgen. Der wesentliche Unterschied der MIRABE- gegenüber der ARABE-Strategie besteht darin, daß diese Kleinstaaten versuchen durch ihre migrierende junge Bevölkerung (MI= Mi-gration) ihr Beziehungsgeflecht in der Welt zu verdichten, um durch einen so entstandenen Rückkoppelungseffekt zu mehr wirtschaftlichem Erfolg und Einfluß, sowie zu einer größeren Anbindung an die Außenwelt zu gelangen.

Im Gegensatz zu diesen Emigrationsregionen, stellt Polynesien eher ein Immigrationsgebiet da. Der Magneteffekt des CEP und der hohen Löhne, ließ besonders die Bevölkerung der Inseln Tahiti und Moorea in wenigen Jahren sehr stark anschwellen. Die Konzentration einer Region, deren Ausmaße die Größe Europas erreichen, auf nahezu E I N E N wirtschaftlichen Motor, hat seit dem Ende des französischen Testprogrammes 1996, eine große Orientierungskrise ausgelöst.

Auch wenn Frankreich den Fortbestand seiner Hilfen, nach seinem Abzug im Jahre 2006, weiterhin im Rahmen des "Pacte de Progrès" vom 27.01.1993 zusichert, ist die wirtschaftliche Umorientierung einer ganzen Region, welche über mehr als drei Jahrzehnte die "mentalité du CEP" (8) angenommen hat, eine große Aufgabe für die französische und polynesische Politik. Hierbei geht es um den langfristigen Umbau aller Strukturen.

Entgegen dieser Erfordernis wurde mir gegenüber, von zwei der wichtigsten Oppositionsmitgliedern, Marius Raapoto (Tavini huiraatira) und Boris Leontieff (Fetia api) aber wiederholt die Kritik geäußert, die Regierung von G. Flosse verwende die französischen Übergangsgelder punktuell für einzelne Prestigeprojekte und großzügige Wahlgeschenke.

V. POLITIKDEFINITION AUF TAHITI

Wie bereits erwähnt, ist Macht und Politik in Polynesien schon immer von dem Verhältnis verschiedener Stämme (heute treffender benannt: Cliques/ Clans) zueinander bestimmt gewesen.

Auch heute noch probiert jeder Clanangehörige seinen Verwandten und Freunden möglichst viele Vorteile zu verschaffen, wenn er in eine einflußreiche Position gelangt ist.

Dieses Prinzip ist durchaus auch in westlichen Demokratiesystemen bekannt, nur betrachtet es die polynesische Bevölkerung als Garant dafür, daß der gesamte Staatsapparat funktioniert. Hat man überall Bekannte sitzen, kann man seine Vorstellungen am besten durchsetzen und erst dadurch erfolgreiche Politik betreiben.

Innerhalb gewisser Grenzen ist diese Einstellung sicher richtig. Geraten aber die Medien und die öffentliche Rechtsprechung (wie in Tahiti geschehen) ebenfalls in diesen Strudel, so läßt sich mit Recht von einer "Afrikanisierung der Verhältnisse" (B.

Leontieff) sprechen. Entgegen den Gesetzen der Demokratie lassen sich dann politische Gegner beliebig kontrollieren oder gar kalt stellen. Ein weiteres Problem besteht darin, daß in einem solchen System die erfahrenen Zuwendungen, in ihrer Wichtigkeit bei der jeweiligen Wahlentscheidung, weit vor etwaigen Programmen oder Personen rangieren. Das heißt, derjenige, der den Bewohnern / Wählern am meisten bieten kann, hat beste Aussichten auf den Wahlgewinn. Auch wenn wir ein solch unvernünftiges Wahlverhalten selbst in unseren Demokratien erleben, trifft diese Problematik auf Tahiti (TOM-STATUS innerhalb des französischen Regierungssystems) in einer Weise zu, welche die politische Diskussion ad absurdum führt.

Marius Raapooto (Tavinii Huiraatira) sieht das politische Interesse bei 80% der Wähler als nicht gegeben. Diese seien, so Raapooto, die fluktuierende Masse, die noch am Vortag der Wahl - durch materielle Versprechungen und eine Gratisparty - zu einer dementsprechenden Stimmabgabe bewegt werden könne. Der politische Wahlkampf verkomme - nach seiner Meinung - zu einer Wählerfütterung, nach welcher es genauso weiter gehe, wie vorher. Eine Partei wie seine "Tavinii Huiraatira" oder Leonieffs "Fetia Api", habe in solchen Materialwahlschlachten gegen Flosses "Tahoeraa Huiraatira", in welchen ganze Fischerboote verschenkt werden, rein finanziell keine Chance.

Bedingt durch den starken Klientelismus in Polynesien, bilden sich Parteien oft nur aufgrund der Verfolgung eines einzigen Interesses und somit ohne langfristige Programmatik, bzw. Konzept. Parteien sind auf Tahiti - noch mehr als per definitionem - ein Mittel zur Durchsetzung ureigener Interessen. Genauso schnell, wie sie sich bilden, zerfallen sie wieder, wobei die Funktionäre danach meist in nahestehende Parteien eintreten. (M. Raapooto, der stellvertretende Parteichef der "Tavinii Huiraatira", der stärksten Opposition, hatte bis vor kurzem seine eigene Partei, welche für ihren Fortbestand aber zu klein gewesen war.)

VI. RÜCKBESINNUNG ALS ZUKUNFTSHOFFNUNG?

Wovon soll ein Land leben, das dreißig Jahre lang seine traditionellen Branchen vernachlässigt hat, um dem leichten Geld nachzugehen?. Hauptberufliche Bauern gibt es nur noch wenige. Fischer, die Fischfang als Gewerbe betreiben, ebenso. Landwirtschaft und Fischfang ist in Polynesien heute zum großen Teil wieder zur Subsistenzwirtschaft geworden. Der kommerziell betriebene primäre Sektor beschäftigte 1962 noch 12200 Menschen. 1988 war diese Zahl auf 7600 Menschen zurück gegangen.

Der Industrie- und Dienstleistungssektor hatte durch die finanzielle Koppelung an das französische Atomtestprogramm eine derartige Anziehungskraft entwickelt, daß sich heute 75% der gesamten Bevölkerung Polynesiens, auf den Wirtschaftszentren - den "Inseln unter dem Wind" und - "des Windes" - befinden. Diese Inseln kämpfen mit allen Problemen, mit welchen überbesiedelte Regionen zu kämpfen haben. Das Müllproblem ist so gravierend, daß seit September 1997 der anfallende Metallschrott auf offener See verklappt wird. Ein Thema, das für die Opposition und viele Bürger einen Skandal darstellt, wenn man in Betracht zieht, wieviel Geld seit Jahren anscheinend erfolglos in die mit der Erstellung eines Müllkonzeptes beauftragte Firma SITOM gesteckt wird, welche dem Parteifreund Flosses, Auroy gehört.

Um die Peripherien wieder zu bevölkern, wendet die Regierung seit Jahren im Rahmen des Pacte de Progrès (27.01.1993), Punkt 2: "La développement des archipels (...) comme une priorité majeure") (10), große Summen auf. Hierbei geht es vor allem darum, Anreize auf den weit entfernten Inseln zu schaffen, die ein Zurückkehren für die Bevölkerung als sinnvoll erscheinen lassen. Das Hauptproblem dabei ist das Kosten / Nutzenverhältnis einer teuren, weil weit entfernten Investition für einige wenige Bürger, welche eine kleine Insel beherbergen kann. Eine Straße für hundert Bürger quer durch eine zehn Kilometer lange Insel - zweitausend Kilometer entfernt von Papeete - zu bauen, erscheint nicht als lohnend. Ebenso verhält es sich mit Schulen, Häfen, Flugplätzen, Poststationen, Telefon- und Fernsehanlagen.

Ohne ein Mindestmaß an Infrastruktureinrichtungen sind die an die Zivilisation gewöhnten Einwohner Tahitis aber kaum auf die peripheren Inselketten von welchen sie stammen zurück zu locken. Erste Erfolge bei der Rückwanderung sind vor allem dort zu verzeichnen, wo sich der Anbau von Zuchtperlen kommerziell als rentabel erweist. Dieser neue Wirtschaftszweig, so D. Sparcia, der Medienbeauftragte G. Flosses in einem Interview mit mir, wird einer der zukünftigen Standbeine Polynesiens werden.

Ebenso der Tourismus. Durch die wunderschöne Landschaft begünstigt, eignen sich die entfernten Archipele besonders für die touristische Nutzung. Die derzeitige Anzahl von etwa 180.000 Touristen pro Jahr garantiere gerade einmal eine Kapazitätsausnutzung der Hotelbetten von ca. 60% (1995), so Sparcia. Das Ziel Polynesiens sei es, bis an die Obergrenze von 500.000 Touristen vorzustoßen. Dies solle weniger durch den Bau neuer Hotels, als vielmehr durch die verstärkte Förderung privater Pensionen geschehen, um die Bevölkerung stärker in das Tourismusgeschäft einzubinden. Die aktuellen 20% am BSP Tahitis, welche vom Tourismus aufgebracht werden (1993, Pacte de Progrès, S. 16), sollen sich auf 32% im Jahr 2003 erhöhen. Dann möchte man etwa 250.000 Touristen pro Jahr begrüßen können.

Weiterhin soll die kommerzielle Hochseefischerei gefördert werden. Dafür sind wichtige Infrastrukturmaßnahmen im Bau und weitere in Planung, die einen reibungslosen Fang, Lagerung und Abtransport des Fangs gewährleisten.

Viel Geld wird weiterhin mit der Vergabe von Fanglizenzen an ausländische Fischereiflotten verdient werden, denn das Gebiet um Polynesien zählt zu den fischreichsten Gewässern der Welt.

Von den 11 Mio. Tonnen Fisch, die im südlichen Pazifik jährlich gefangen werden könnten, ohne den Bestand zu gefährden, wurden 1996 gerade einmal 4 Mio. Tonnen gefischt (11). Hier besteht also eine weitere Chance für die polynesischen Region, der wirtschaftlichen Abhängigkeit von Frankreich zu entgehen.

Um die Produkte der heimischen Wirtschaft absetzen zu können bedarf es, so E. Fritch - der Minister für Meeresangelegenheiten und Vizepräsident des Territoriums (zugleich der Schwiegersohn von G. Flosse) - weiterhin eines Ausbaus der Beziehungen zu den regionalen Nachbarn Japan, Neuseeland, Australien und den USA.

Außerdem biete - dies ist übrigens das Hauptargument gegen die politische Unabhängigkeit Polynesiens - die Zugehörigkeit zu Frankreich eine gute Chance, um auf dem EU Markt besser bestehen zu können, so Fritch weiter.

Auch sei es ein Ziel der polynesischen Regierung, eine herausragende Stellung auf den für die Region wichtigen Gebieten der Perlenzucht, der Energiegewinnung und des Fischfangs, in Bezug auf die Erforschung dieser Bereiche, einzunehmen (Pacte de Progrès, Punkt 11: "La Recherche", S 41). Laut Fritch biete sich die Lage Polynesiens für ein internationales Meeresforschungszentrum geradezu an. Auch für die Erforschung von Wind- und Sonnenenergiegewinnung eignen sich die polynesischen Bedingungen hervorragend.

VII. SCHLUSSBEMERKUNG

Abschließend läßt sich behaupten, daß wenn die polynesischen und die französische Politik es schaffen sollte den "Pacte de Progrès", der in seinen Ausführungen und Absichten äußerst erfolgversprechend erscheint, dementsprechend umzusetzen, man sich um die Zukunft Polynesiens keine großen Sorgen machen muß.

Die Haushaltslage Frankreichs, dessen beendetes Atomtestprogramm, sowie dessen moralische Verpflichtung gegenüber dem lange Zeit benutzten Polynesien, den Weg in dessen wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erleichtern, lassen darauf hoffen, daß ständige Finanztransfers in eine unselbständige Region innenpolitisch nicht haltbar bleiben und somit der Druck hin zu einer langfristigen Lösung des Problems, groß genug sein wird.

Die politische Unabhängigkeit Polynesiens, darin sind sich alle einig, ist langfristig nur auf der Basis der wirtschaftlichen Unabhängigkeit zu erreichen.

VIII. ÜBERLEITUNG ZU EINER ARBEIT ÜBER:

"Die sozialen und politischen Perspektiven Polynesiens nach dem CEP und die Einstellung seiner Bürger gegenüber dem französischen Staat und seiner Politik"

In den obigen Zeilen wurde ausführlich die Entwicklung einer Region beschrieben, die heute vor dem größten Problem ihrer Geschichte steht:

Ihrem weiteren Fortbestand ohne fremde Hilfe in einer Welt, in welcher der globale Wettbewerb mit härteren Bandagen kämpft, denn je.

- * Wie fühlt sich die Bevölkerung in dieser Situation?
- * Hat die Politik ihre Probleme erkannt?
- * Sind sich Politik und Wähler über die weiteren Schritte einig?
- * Welche Rolle spielt der französische Staat dabei?
- * Werden die Franzosen als hilfreich oder als störend empfunden?

Um diese Fragen ansatzweise zu beantworten, habe ich folgende Befragung durchgeführt.

Es ist nicht leicht, als Europäer beziehungsweise als Deutscher sich auf eine Arbeit vorzubereiten, die sich mit einer Region beschäftigt, die dort nur unter zwei so konträren Gesichtspunkten bekannt ist: Paradiesisches Urlaubsgebiet und / oder Atomtestgebiet. Dementsprechend ist auch das politikwissenschaftliche Informationsmaterial welches in Europa und Deutschland vorhanden ist, vor allem durch die Atomtestdiskussion geprägt.

Meine Absicht jedoch war es in Tahiti ein Projekt durchzuführen, welches aus einer möglichst neutralen Position heraus, die Meinungen und Zielvorstellungen der

wichtigsten polynesischen Gruppen zu den oben genannten Punkten skizziert und miteinander vergleicht.

Dazu habe ich mich mit Persönlichkeiten der folgenden Gruppen unterhalten:

- * Evangelische Kirche M.Taarii (Stellvertretendes Oberhaupt der polynesischen Protestanten)
- * Katholische Kirche M.Copperath (Oberhaupt der polynesischen Katholiken)
- * Regierung M. Edouard Fritch (Minister für Meeresangelegenheiten, Entwicklung der Peripherie und Postminister, bzw. stellvertretender Regierungschef von Französisch Polynesien)
F. Puchon (Wirtschaftsminister)
M. D. Sparcia (Sprecher der Regierung Flosse)
- * Opposition M. B. Leontieff (Parteichef von Fetia Api)
M. Raapoto (Stellvertretender Parteichef von Tavini Huiraatira)

Alle Interviewpartner wurden zu den gleichen Themen befragt.

Als Abschluß der Befragung erstellte jeder Befragte auf einer standardisierten, nach Themen etc. gegliederten Tabelle, sein persönliches Meinungs- bzw. Prioritätenprofil. Die so entstandenen Grafiken individueller Realitätswahrnehmung der verschiedenen Kandidaten, habe ich danach in Gruppen unterteilt und diese miteinander verglichen.

Von den politischen, bzw. kirchlichen Gruppen wurden jeweils nur die Eliten befragt. Es darf allerdings davon ausgegangen werden, daß deren persönliche Meinung mit der Einschätzung ihrer Gruppe, aufgrund ihrer Führungsposition und der damit einhergehenden hohen Identifikation mit dieser Gruppierung, weitestgehend übereinstimmt.

GRAFIK I.:

VERHÄLTNIS DER POLYNESISCHEN BÜRGER GEGENÜBER FRANKREICH (vgl. Anhang)

AUSWERTUNG:

Das Verhältnis der polynesischen Bürger und Institutionen gegenüber Frankreich ist weitestgehend neutral, bis neutral positiv.

Wie aus der durchschnittlichen Tendenzkurve ersichtlich ist, werden die positiv behafteten Adjektive gemeinhin als zutreffender bezeichnet, wobei hingegen (die männliche Bevölkerung und die evangelische Kirche einmal ausgenommen) die negativ behafteten Adjektive nach Ansicht der Befragten, nur durchschnittlich, bis überhaupt nicht zutreffend sind.

Auffallend ist die nahezu gleich verlaufende Profillinie von Regierung und Opposition, die sich beide sowohl weigern Frankreich als ausbeuterisch zu bezeichnen, als auch beide die Kooperationsbereitschaft Frankreichs herausstellen.

Die jeweils extremsten positiven bzw. negativen Adjektive "exploitateur" (ausbeuterisch) und "desinteressé" (selbstlos), wurden tendenziell als wenig zutreffend bezeichnet.

Hingegen wurden von der gesamten Bevölkerung die Bezeichnung "colonialiste" (kolonialherrenhaft), als die für Frankreich am meisten zutreffende, negativ behaftete Charakterisierung gewählt.

Interessant ist, daß die politischen Institutionen, sowie die sozialen bzw. kirchlichen Gruppen, vor allem die positiv behafteten Adjektive "coopératif" (kooperativ), "sécourable" (hilfsbereit), und "paternaliste" (väterlich), als für Frankreich besonders passend erachten. Dies ist vielleicht ein Beweis für die, von offiziellen Stellen so oft zitierte "mentalité du CEP", die eine wirtschaftliche Verselbständigung der Region, gegenüber den ständigen Finanztransfers aus Frankreich, erschwert.

Die beiden Kirchen bilden meist die jeweils entgegengesetzten Extreme in ihren Einschätzungen. Wobei die katholische Kirche von den befragten Gruppen die wohl frankreichfreundlichste darstellt.

Nicht so die evangelische Kirche. Hier werden vier Adjektive aus dem negativ behafteten Teil (darunter drei stark negativ behaftete: exploitateur, agressif und

colonialiste) als stark zutreffend bezeichnet, gegenüber nur drei Adjektiven aus dem positiv behafteten Teil. Erklärend hierzu sei angefügt, daß die Protestanten oft gegenüber der Regierung aus Frankreich, sowie gegenüber der frankreichfreundlichen Territorialregierung, eine radikale Oppositionshaltung einnehmen. Sei es bei den Atomtestprotesten oder bei anderen Fragen, welche die einheimische Bevölkerung bewegen:

Die protestantische Kirche ist seit jeher der Fürsprecher des tahitanischen Volkes und stellt als solcher eine ernstzunehmende Einflußgruppe dar.

GRAFIK II.:

AKTUALITÄT BZW. DRINGLICHKEIT VON PROBLEMEN IN DER POLITIK (vgl. Anhang)

AUSWERTUNG:

Der Pacte de Progrès fordert in seinen Ausführungen (Propositions de la délégation polynésienne; S.30, Punkt 7: Principaux objectifs) deutlich vermehrte Anstrengungen auf dem Gebiet der Bildungspolitik (éducation).

Dieses Problem wird auch von den Befragten als besonders gravierend angesehen. Hier sehen alle den mit Abstand größten Handlungsbedarf.

Etwas verwunderlich ist es hingegen, daß die Regierung gerade in diesem Punkt so stark von der übrigen Meinung abweicht. Gerade sozialen Themen räumt sie, im Gegensatz zu ihren Wählern, in ihren Bewertungen den geringsten Raum ein. Dies mag mit Blick auf die politische Brisanz der sozialen Frage in Tahiti, vielleicht taktische Gründe haben.

Dafür bildet aber die Entwicklung einer Exportwirtschaft ("developpement de l'exportation de l'économie"), sowie die übrige Wirtschaftspolitik, für die Regierung einen besonderen Schwerpunkt.

Ein wenig unverständlich erscheint hier die Position der evangelischen Kirche. Ist doch bei aller (von ihr gebotenen) Berücksichtigung von sozialen Problemen, eine gut funktionierende Wirtschaft die Basis für (von ihr so oft geforderte) verbesserte Lebensbedingungen.

Differieren die Meinungen auf dem Gebiet der Sozialpolitik (vor allem bei der Einschätzung der Armut ("pauvreté")), so herrscht doch weitgehende, gruppenübergreifende Einigkeit über den hohen Stellenwert der Wirtschaftspolitik. Selbst die Umweltverschmutzung ("pollution") wird von allen Befragten als Problem angesehen. Die Opposition sieht in der Umweltverschmutzung eine große Gefahr für die touristische Attraktivität der Region. Ganz im Gegenteil zur Regierung, die das Problem der zunehmenden Verunreinigung der Umgebung von allen Parteien, als am wenigsten dringlich einstuft. Hier wird es wahrscheinlich noch viele Diskussionen geben.

Auf dem Feld der Außenpolitik wird von allen Parteien vor allem die Kooperation mit anderen Inseln und Regionen ("coopération avec ...") hervorgehoben.

Entgegen der landläufigen Einschätzung, liegen die Profile der beiden gegnerischen Parteien - Regierung und Opposition - in den meisten zur Einschätzung gestellten Bereichen gar nicht so fürchterlich weit auseinander. Dieser Eindruck aus der Grafik wird übrigens auch durch die im persönlichen Interview gewonnenen Daten unterstützt.

So verlaufen ihre Profile sogar oft tendenziell identisch, ja in vier Punkten existiert sogar Einigkeit über die Wichtigkeit der jeweiligen Politikfelder (Armut ("pauvreté"), Tourismus ("tourisme"), wirtschaftliche Autonomie gegenüber Frankreich ("autonomie par ..."), und Kooperation mit anderen Inseln und Regionen ("coopération avec ...")).

Am weitesten jedoch liegen die Meinungen auf dem Gebiet der Sozial- und Umweltpolitik auseinander. Hier gibt es noch einigen politischen Zündstoff. Tendenziell räumt die Bevölkerung der Sozial- und Bildungspolitik, der Entwicklung einer beständigen Exportwirtschaft und der Kooperation mit anderen Inseln und Regionen, den bedeutendsten Rang in ihrer Einschätzung ein.

Bei allen Meinungsverschiedenheiten auf den schon erwähnten Gebieten, scheint aber die Politik, vergleicht man ihre Profile und Akzente mit denjenigen der Bevölkerung, die Probleme ihrer Wähler erkannt zu haben.

Das macht Hoffnung für die zukünftige Entwicklung.

QUELLENNACHWEIS:

1. BRUNO SAURA; Politique et religion à Tahiti; Editions Polymages-Scoop 1990; S.30
2. ebenda
3. PAZIFIK INFORMATIONSTELLE; SOS Mururoa; Neuendettelsau 1996; S.38
4. ebenda S.39
5. LA DEPÊCHE DE TAHITI; 16.09.1997; S.15
6. TAHITI PACIFIC; Nr. 76; Le bilan médiatique ...; S.47
7. BERNARD POIRINE; Tahiti, stratégie pour l'après nucléaire; L'Harmattan 1996; S.76
8. INTERVIEW von Markus Schaumlöffel mit dem Vice-Président du Territoire et Ministre de la Mer, Monsieur Edouard Terreori Fritch; vom 02.10.1997
9. TAHITI PACIFIC; Nr.79; Paul Roncière dit tout; S.29
10. PACTE DE PROGRES; Editions Charte du développement; Polynésie Française 1993; Punkt 6
11. ATLAS OF EARTHCARE; London 1996; S.53

LITERATURVERZEICHNIS:

BERNARD POIRINE; Tahiti, stratégie pour l'après nucléaire; L'Harmattan 1996

BRUNO SAURA; Politique et religion à Tahiti; Editions Polymages-Scoop 1990

Der FISCHER WELTALMANACH 1998; Frankfurt 1997

La DEPÊCHE de TAHITI; Ausgaben 06.1997 - 09.1997

TAHITI PACIFIC; Ausgaben 06.1997 - 09.1997

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG; 31.01.1996

PAZIFIK INFORMATIONSTELLE; Die Bewegung für einen nuklearfreien und unabhängigen Pazifik; Samoa 1989

PAZIFIK INFORMATIONSTELLE; SOS Mururoa; Neuendettelsau 1996

PAZIFIK INFORMATIONSTELLE; Pazifik im Wandel; Neuendettelsau 1996

ROU CROCOMBE; The South Pacific; 1994

FRIEDRICH VON KROSIGK; Südsee-Inselwelt im Umbruch; Erlangen 1988

FRANZ NUSCHELER; Handbuch der dritten Welt; Bd.8; Bonn 1994

HITI TAU; Bilan d'un mois d'activité contre la reprise des essais nucléaires; Tahiti 1996

PACTE DE PROGRES; Editions Charte du développement; Polynésie Française 1993

PROGRAMME STRATEGIQUE; pour le renforcement de l'autonomie économique de la Polynésie Française; Tahiti 28.10.1996

LA POLYNESIE EN BREF; Edition 1996; Tahiti 1995

HISTOIRE DE L'EVOLUTION DES INSTITUTIONS POLITIQUES; De Tahiti à la Polynésie Française; Tahiti 1989

DISCOURS DE MONSIEUR GASTON FLOSSE; 12.08.1997, 18.09.1997, 28.05.1996

ATLAS OF EARTHCARE; London 1996

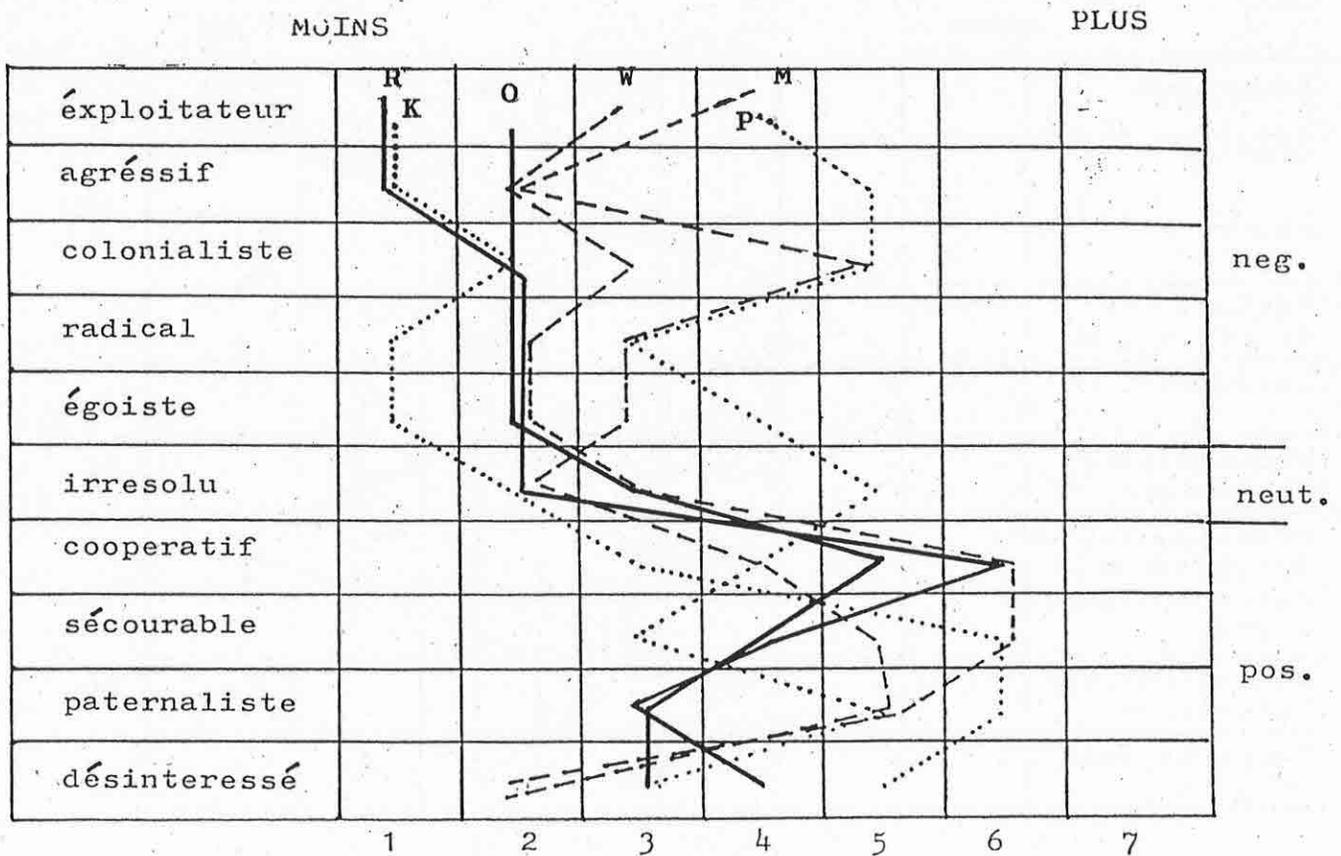
GRAFIK I.)

Question:

Pouvez Vous me donner votre impression politique de l'état français, en ce qui concerne son comportement / sa politique dans la Polynésie Française?

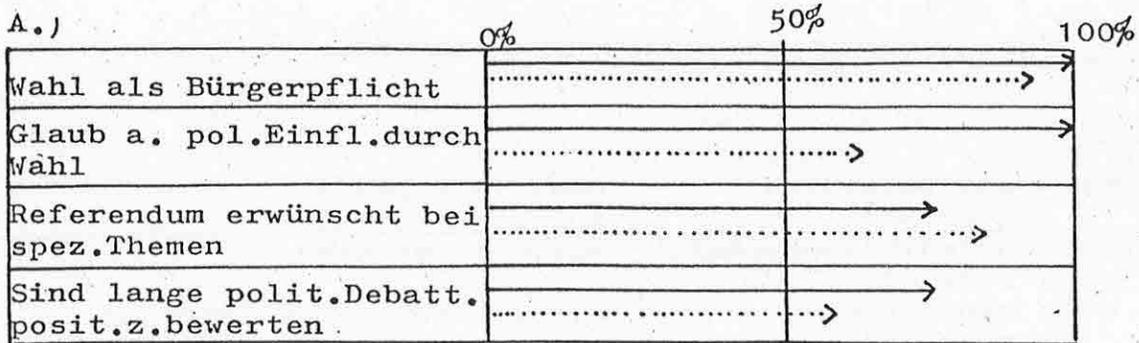
Leitfrage:

Welches politische Meinungsbild haben Sie von dem französischen Staat im Hinblick auf sein Benehmen bzw. seine Politik in der Region Polynesien?



GRAFIK A.)

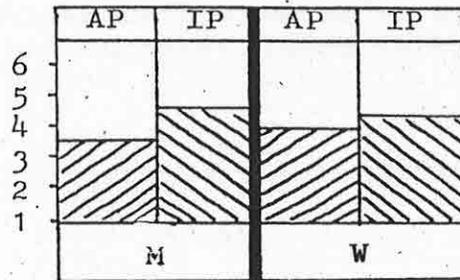
Bei folgenden vier Fragen stimmten x-% mit "ja"



FAZIT: Guter demokratischer Boden mit Wunsch zu mehr Mitsprache seitens der Bevölkerung

GRAFIK B.)

Frage: Wie groß (auf einer Skala von 1 - 6) ist Ihr Interesse für außenpolitische bzw. innenpolitische Probleme?



FAZIT: Generell mehr Interesse für innenpolitische Prozesse

LEGENDEN

ZU GRAFIKEN I.) UND II.)

Regierung	: "R"	} —	je 2 Personen befragt
Opposition	: "O"		
Protestanten	: "P"		
Katholiken	: "K"		
Weibliche Bev.:	"W"	} ...	je 100 Personen befragt
Männliche Bev.:	"M"		

ZU GRAFIK I.)

éexploitateur	: ausbeuterisch	neg.	: negativ
agressif	: aggressiv	neut.	: neutral
colonialiste	: kolonialherrenhaft	pos.	: positiv
radical	: radikal		
égoïste	: egoistisch	moins	: weniger zutreffend
irrésolu	: unentschlossen	plus	: stark zutreffend
coopératif	: kooperativ		
sécourable	: besorgt		
paternaliste	: väterlich		
désintéressé	: selbstlos		

ZU GRAFIK II.)

Education	: Erziehungswesen
Chômage	: Arbeitslosigkeit
Pauvreté	: Armut
Egalité des droits M/W	: Gleichberechtigung M/W
Pollution	: Umweltverschmutzung
Attractivité du tourisme	: Tourist. Attraktivität
Développement de l'exportation	: Entwickl.e. Exportwirtschaft
Autonomie par rapport à France	: Selbständigk. gegenüber Frankreich
Concentration sur autres régions	: Konzentrationa. and. Regionen
Coopération avec aut. îles	: Kooperation m. and. Inseln

SOC	: Sozialpolitik	} soweit Trennung möglich
EC	: Wirtschaftspolitik	
PE	: Außenpolitik	

moins : weniger wichtig
plus : sehr wichtig

ZU GRAFIK A.)

— Männliche Bevölkerung
... Weibliche Bevölkerung

ZU GRAFIK B.)

AP	: Außenpolitik	M	: Männliche Bevölkerung
IP	: Innenpolitik	W	: Weibliche Bevölkerung